

Stadt Drensteinfurt – Bürgermeister Carsten Grawunder
Stadt Ascheberg – Bürgermeister Dr. Bert Risthaus
Stadt Hamm – Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann
Kreis Coesfeld – Landrat Konrad Püning
Kreis Warendorf – Dr. Olaf Gericke

Sehr geehrte Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister,

wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen gegen Gasbohren wenden uns an Sie als Kommunen und Kreis, die unmittelbar von den Erdgasplänen der HammGas GmbH & Co. KG betroffen sind.

Wie Sie aus der Berichterstattung zu der Podiumsdiskussion in Ascheberg am 12.11.2014 erfahren haben dürften, hat sich der Geschäftsführer der HammGas, Herr Presse, persönlich für eine Änderung des Bergrechts bzgl. der Beweislastumkehr ausgesprochen. Wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen sind darüber erfreut, dass Herr Presse sich persönlich damit eine unserer wichtigsten Forderungen in der Argumentation zum Gasbohren zu eigen gemacht haben.

Dies nehmen wir nun zum Anlass, uns in diesem offenen Brief an Sie zu wenden. Denn bereits vor über drei Jahren hat die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde darauf hingewiesen, dass das Bergrecht dringend reformiert werden müsse. Zu den Verbesserungsvorschlägen gehört neben einer verpflichtenden Sicherungsrücklage der antragstellenden Unternehmen auch die Beweislastumkehr. Leider sind bisher alle Bemühungen, das Bundesberggesetz fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, an den jeweiligen CDU-geführten Bundesregierungen gescheitert.

Wir sind nun sehr erfreut, dass Herr Presse persönlich nicht bereit ist, diesen skandalösen Missstand länger hinzunehmen. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass in Deutschland eine Behörde auf einer Grundlage genehmigen muss, die von dieser Behörde selber als völlig unzureichend gebrandmarkt wurde. Eine solche rechtliche Grundlage wäre z.B. im öffentlichen Straßenverkehr schlichtweg nicht vorstellbar. Und da es sich bei der Förderung von Erdgas um wesentlich riskantere Vorhaben handelt als den Betrieb eines PKWs, sollten entsprechend die gesetzlichen Rahmenbedingungen den in Deutschland üblichen Mindeststandards genügen.

Aus diesem Grunde werden wir als Bürgerinitiativen versuchen, bei den zuständigen Ministerien in Düsseldorf ein Stopp aller weiterer Genehmigungen zu erwirken, bis es zu einer Änderung des Bergrechts

gekommen ist. Wir denken, dass wir hier auch im Sinne des Geschäftsführers von HammGas, Herrn Presse, handeln.

Sehr geehrte Bürgermeister und Landräte,

wir bitten mit diesem Brief um Ihre politische Unterstützung in dieser Angelegenheit und fordern Sie auf, einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates bzw. Kreistages zu erwirken. In diesem Beschluss sollte festgehalten werden:

- Die Stadt / der Kreis fordert von der Landesregierung den Stopp weiterer Genehmigungen auf Grundlage des aktuelle Bundesberggesetzes, dessen erhebliche Mängel durch die Bezirksregierung seit 2011 aktenkundig ist
- Die Stadt / der Kreis fordert von der Landesregierung, die Bundesratsinitiative für eine Bergrechtsänderung konsequent voranzutreiben, um insbesondere die Beweislastumkehr rechtlich zu verankern
- Die Stadt / der Kreis fordert von der Bundesregierung, endlich in einen konstruktiven Dialog zur Änderung des Bundesberggesetzes einzutreten, indem die entsprechende Bundesratsinitiative der Länder aufgegriffen und ein Gesetzentwurf rasch erarbeitet wird.

Wir bitten um eine Eingangsbestätigung dieses Schreibens und um dessen Weitergabe an die Fraktionen in den Kreistagen bzw. Stadträten.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Jürgen Blümer
Drensteinfurt

BIGG Drensteinfurt e.V.:

Stefan Henrichs

BIGG Hamm:

Martin Knäpper

Dirk Hanke

BIST e.V. Herbern:

Wilfried Voß (Vors.)

Frank Kemna (stellv. Vors.)

Marie-Louise Maybaum

Marie-Luise Voß

BIGG Werne:

Christian Krumkamp

Pressemitteilung - Bergrecht ändern statt BürgerInnen entrechten

HammGas Geschäftsführer Ralf Presse unterstützt Forderung der Bürgerinitiativen nach Änderung des Bergrechts

Auf der Podiumsdiskussion in Ascheberg am 12.11.2014 hat sich der Geschäftsführer von HammGas, Ralf Presse, persönlich für eine Änderung des Bergrechts bzgl. der Beweislastumkehr ausgesprochen. Damit sehen sich die Bürgerinitiativen gegen Gasbohren aus Drensteinfurt, Hamm, Herbern und Werne in ihrer Forderung nach einer Reform des Bergrechts bestätigt. Sie fordern nun eine rasche Umsetzung der vorliegenden Änderungsvorschläge und ein Stopp aller weiteren Genehmigungsverfahren der Bergbehörde, bis der Rechtsrahmen neu gefasst ist.

Bereits vor über drei Jahren hat die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde darauf hingewiesen, dass das Bergrecht dringend reformiert werden müsse. Zu den Verbesserungsvorschlägen (siehe Anhang) gehört neben einer verpflichtenden Sicherungsrücklage der antragstellenden Unternehmen auch die Beweislastumkehr. Leider sind bisher alle Bemühungen, das Bundesberggesetz fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, an den jeweiligen CDU-geführten Bundesregierungen gescheitert.

Die Bürgerinitiativen sind nun sehr erfreut, dass Herr Presse persönlich nicht bereit ist, diesen skandalösen Missstand länger hinzunehmen. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass in Deutschland eine Behörde auf einer Grundlage genehmigen muss, die von dieser Behörde selber als völlig unzureichend gebrandmarkt wurde. Eine solche rechtliche Grundlage wäre z.B. im öffentlichen Straßenverkehr schlichtweg nicht vorstellbar. Und da es sich bei der Förderung von Erdgas um wesentlich riskantere Vorhaben handelt als den Betrieb eines PKWs, sollten entsprechend die gesetzlichen Rahmenbedingungen den in Deutschland üblichen Mindeststandards genügen.

Aus diesem Grunde werden die Bürgerinitiativen versuchen, bei den zuständigen Ministerien in Düsseldorf ein Stopp aller weiterer Genehmigungen zu erwirken, bis es zu einer Änderung des Bergrechts gekommen ist. Gleichzeitig wurden die Kommunen, die von den Plänen von HammGas betroffen sind, und die Fraktionen im Düsseldorfer Landtag ebenfalls aufgefordert, auf eine Änderung des Bergrechts hinzuwirken. In offenen Briefen wurden die Geschäftsführer von HammGas, der Stadtwerke Hamm und der PVG GmbH – Resources Services & Management aufgefordert, jede weitere Planung zurückzustellen, bis ein modernes Bergrecht einen faire Verteilung von Risiken und Lasten rechtssicher gewährleistet.

Die offenen Briefe sind auf der Website 'energiewende-jetzt.org/bergrecht.php' dokumentiert. Die Antworten der jeweils angeschriebenen Adressaten werden dort zeitnah nach Eingang veröffentlicht.

Ansprechpartner für die Aktion 'Bergrecht ändern statt BürgerInnen entrechten':

Jürgen Blümer, Drensteinfurt
Email: kontakt@energiewende-jetzt.org
Tel.: 0173 6775866

Unterstützer:

BIGG Drensteinfurt e.V.
BIGG Hamm
BIST e.V. Herbern
BIGG Werne